



# NEWSLETTER

## FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



Foto: Marcus Windus

**„Klare Konsequenzen aus den Enthüllungen ziehen!“**

*Moin!*

## STEUERBETRUG BEKÄMPFEN

### *Transparenz bei Briefkastenfirmen*

Die Panama-Papers sind ein Skandal. Die Enthüllungen legen in nie gekanntem Ausmaß offen, wie einige Finanzinstitute und deren betuchte Kunden die Steuerzahler betrügen. 215.000 sogenannte Briefkastenfirmen, die nur auf dem Papier existieren und die Identität ihrer Eigentümer verschleiern, haben die Recherchen aufgedeckt. Laut „Süddeutsche Zeitung“ waren auch mindestens 28 deutsche Banken an den dubiosen Geschäften beteiligt.

Wer Steuern hinterzieht, der fügt unserer Gesellschaft schweren Schaden zu. Das Geld, das in Schattenkonten verschwindet, fehlt in den öffentlichen Kassen – es fehlt in der Grundversorgung

vor Ort, bei der Kinderbetreuung, in den Schulen, bei der Sanierung von Straßen, Brücken und bei der Bahn. Zudem betreffen zahlreiche der aufgedeckten Machenschaften Waffen- und Bandengeschäfte oder sogar Terrorfinanzierung – Vorgänge, die Leib und Leben bedrohen, die eine Gefahr für die weltweite Sicherheit bedeuten.

Die SPD weist bereits seit Jahren auf diese skandalösen Zustände hin, doch die CDU hat Anstrengungen für mehr Steuergerechtigkeit stets blockiert. Es ist richtig, dass die Bundesregierung nun Konsequenzen angekündigt hat. Statt Schattenwirtschaft brauchen wir Transparenz – und ein starkes Durchgreifen der zuständigen Behörden.

Die drei Landtagswahlen haben gezeigt, wo die Prioritäten für die SPD liegen müssen. Bei aller Freude über den Wahlsieg von Malu Dreyer und der SPD Rheinland-Pfalz bin ich entsetzt darüber, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hinter der AfD gelandet sind – einer nationalistischen Partei, die mit Hetze gegen Flüchtlinge auf Stimmenfang geht, Mindestlohn und Atomausstieg ablehnt, Tierschutz aushöhlen will und laut über die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung nachdenkt.

Dass eine Gruppierung trotz dieser Positionen solche Zugewinne einstreichen kann, zeigt mir, dass die SPD gut daran tut, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Hier müssen wir ansetzen und auch im Bund so verlässlich und geradlinig für Solidarität und Gerechtigkeit einzustehen, wie wir das hier bei uns jeden Tag tun!

*Ever 12.15*

# BAHNHOFSDACH ERHALTEN

*Gespräch mit Bahnvorstand Ronald Pofalla am Hauptbahnhof Oldenburg*

In einem Gespräch mit dem ehemaligen Chef des Bundeskanzleramtes und jetzigen Bahnvorstand Ronald Pofalla habe ich einen Brief an Bahnchef Dr. Rüdiger Grube. In dem Schreiben

fordere ich eine denkmalgerechte Instandsetzung des Bahnhofsdachs und biete der Deutschen Bahn meine politische Unterstützung bei der Umsetzung an.

sowohl Bahnchef Grube als auch -vorstand Pofalla angeboten, gemeinsam einen Weg zu finden, den Erhalt eines der historisch bedeutsamsten Bauwerke Norddeutschlands zu ermöglichen.



Ich habe deutlich gemacht, dass die Dachlösung der Geschichte der Stadt Oldenburg angemessen Rechnung tragen muss. Eine lieblose Konstruktion als bloßer Wetterschutz ist keine Alternative. Auf mein Drängen hat mir die DB zugesichert, dass ihr die regionale Bedeutung des Bauwerks bewusst ist. Ich habe

Mittlerweile hat die Bahn auf mein Schreiben geantwortet und mein Angebot der Zusammenarbeit bei einer denkmalgerechten Lösung für das baufällig gewordene Dach angenommen. Nun gilt es, gemeinsam entsprechende Wege zu finden. In dem Gespräch mit der DB AG wurde auch deutlich, dass die schlussendliche Entscheidung das Eisenbahnbundesamt fällt und es entsprechend noch gute Chancen für den Erhalt des Bahnhofsdaches gibt.

# BAU BEZAHLBARER MIETWOHNUNGEN FÖRDERN

*Steuerliche Absetzbarkeit für günstigen Neubau*

Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Deshalb sind die insbesondere in Groß- und Universitätsstädten spürbaren Engpässe auf dem Markt für bezahlbare Mietwohnungen nicht einfach hinzunehmen.

Auch in Oldenburg stellen wir seit Jahren fest, dass günstiger Wohnraum immer knapper wird. Neben einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus sind deshalb auch Anreize für private Investoren zur Schaffung von Mietwohnungen erforderlich. Der Bundestag berät deshalb die steuerliche Förderung des Baus bezahlbarer Wohnungen. Gefördert werden soll die Errichtung neuer Mietwohnungen, die auch für mittlere und untere Einkommensgruppen bezahlbar sind. Um dies sicherzustellen, soll

eine Kosten-Obergrenze von 3000 Euro pro Quadratmeter eingezeichnet werden – wer teurer baut, kann sich nicht auf diese neue steuerliche Begünstigung berufen.

In den anstehenden Gesetzesberatungen werde ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen dafür einsetzen, dass die steuerliche Förderung zielgenau auf die Schaffung preiswerter Mietwohnungen ausgerichtet wird und

so denen zugutekommt, die die derzeitige Wohnungsnot trifft. Es geht um die Schaffung bezahlbarer Wohnungen – Luxusappartements haben wir genug.



Foto: Wilhelmine Wulff / pixelio.de





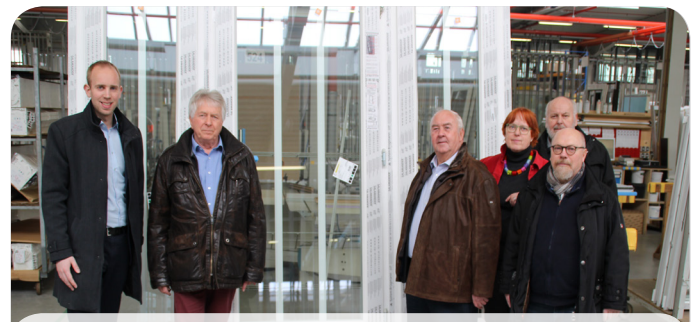
1. März - Auf Einladung des Unterbezirksvorsitzenden Ulf Prange MdL beim Oldenburger Abend zum Thema Mietpreisbremse.



2. März - Gemeinsam mit Vertretern der SPD und Geschäftsführer Jan Eyting (2. v.r.) vor Ort beim Westersteder Unternehmen DEULA.



2. März - Diskussion im NordWestRadio zur geplanten Einführung der Mietpreisbremse auch in Oldenburg.



3. März - Besuch der Wiefelsteder Firma Fensterbau Siems zusammen mit Vertretern des Ortsvereins und der SPD-Fraktion.



4. März - Besuch der BBS Wechloy und anregende Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern über die aktuelle Bundespolitik.



4. März - Informationsgespräch beim Ortsbürgerverein Jeddelloh I über die geplante Bürgerbegegnungstätte in Jeddelloh.



8. März - Podiumsdiskussion zum Thema Organ-spende auf Einladung des SPD-Ortsvereins August-fehn.



18. März - Mit einer Besuchergruppe im Bundestag und beim Auswärtssieg der EWE Baskets Oldenburg in Berlin.



# NEUE HEIMAT GEFUNDEN

## Dezentrale Unterbringung fördert Integration

Wenn Menschen vor Krieg und Leid zu uns fliehen, ist es wichtig, ihnen so bald wie möglich wieder den Weg in ein echtes Zuhause zu ermöglichen. Nicht in einer Sammelunterkunft, sondern ganz normal in einem Wohnhaus. So können nachbarschaftliche Bindungen mit „Alteingesessenen“ geknüpft, Sprachkenntnisse im alltäglichen Gebrauch verbessert und Kindern der Umgang mit Spielkameradinnen und -kameraden ermöglicht werden, die in Deutschland aufgewachsen sind.

Deswegen habe ich vor kurzem in Westerstede gemeinsam mit Bürgermeister Klaus Groß eine syrische Familie in ihrem neuen

Zuhause besucht. Klar wird dabei, dass die großen Bemühungen der haupt- und ehrenamtlichen Helfer wirken: Es ist gelungen, die Aufnahme zu meistern und in geordnete Bahnen zu lenken. Für viele neu Eingetroffene geht es nun an die längerfristige, aber genauso wichtige Aufgabe der Integration.



# REFORM DER PFLEGEBERUFE

## Ausbildung attraktiver machen

Seit Jahren wird darüber geredet, nun hat im März mit der 1. Lesung im Bundestag die Umsetzung begonnen: Mit dem neuen Pflegeberufsgesetz werden für über 133.000 Auszubildende die Grundlagen für ein neues Berufsbild geschaffen, das den Anforderungen der sich wandelnden Versorgungsstrukturen und Pflegebedarfe gerecht wird.

Kern des Vorhabens ist die Zusammenlegung von Alten- und Krankenpflege. So werden die ausgebildeten Pflegekräfte befähigt, ihren Beruf über Altersgrenzen hinweg auszuüben und es werden zusätzliche berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Zur neuen Pflegeausbildung gehört eine dreijährige

Fachkraftausbildung mit Unterricht an Pflegeschulen und praktischer Ausbildung. Eine gemeinsame Grundausbildung, bereitet auf einen Einsatz in allen Arbeitsfeldern der Pflege vor.

In der praktischen Ausbildung sollen die Auszubildenden einen Vertiefungseinsatz z. B. in der Pflege von Kindern und Jugendlichen wählen können, der im Zeugnis vermerkt wird. Die Ausbildung kann auch in Teilzeit absolviert werden, dann dauert sie fünf Jahre. Am Ende ist eine staatliche Abschlussprüfung zur „Pflegefachfrau“ oder zum „Pflegefachmann“ zu absolvieren.

## VERANSTALTUNGSHINWEIS

Wie können wir landauf, landab eine gute Grundversorgung vor Ort sicherstellen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich das Projekt #NeuerZusammenhalt der SPD-Bundestagsfraktion. Wir wollen mit frischen Ansätzen verhindern, dass die Lebensverhältnisse in Deutschland immer weiter auseinanderfallen.

Hierzu habe ich für **19 Uhr am Freitag, den 22. April** die stellvertretende Vorsitzende der Projektgruppe, meine Bundestagskollegin **Svenja Stadler MdB**, zur Podiumsdiskussion „Lebenswerte Heimat – Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land: Was können wir vor Ort leisten?“ in die **Rothenburg Goldesholt, Nordloher Straße 25, 26689 Apen** eingeladen.

Zur Anmeldung genügt eine E-Mail an **dennis.rohde@bundestag.de** oder ein Anruf an mein Oldenburger Wahlkreisbüro unter **0441 – 99 86 76 01**. Ich freue mich auf spannende Diskussionen mit euch!

## DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

### Berliner Büro

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800  
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23  
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01  
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

[www.dennis-rohde.de](http://www.dennis-rohde.de)  
[facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
[twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)